

QUARTALSBERICHT

Projektland: Albanien

Quartal/Jahr: IV/2012

SCHLAGZEILEN

- 1. 100. Jahrestag der Unabhängigkeit Albaniens und wachsende nationalistische Töne**
- 2. Die Camen-Resolution und das Referendum über die Vereinigung von Albanien mit dem Kosovo**
- 3. Verpasste Chance für Albaniens EU-Kandidatenstatus**
- 4. Bestimmung des Wahltages für die Parlamentswahlen am 23. Juni 2013 und die politische Situation**
- 5. Blockade der Arbeit der Zentralen Wahlkommission (KQZ)**
- 6. Die Wahl des neuen Generalstaatsanwalts**
- 7. Proteste gegen CEZ**

Das wichtigste Ereignis im letzten Quartal des Jahres 2012 war die Feier des 100. Jahrestages der Unabhängigkeit Albaniens. Am 28. November fanden in Albanien, Kosovo und Mazedonien Feierlichkeiten statt.

Die politische Klasse Albaniens verschärfte anlässlich dieses 100. Jahrestages die nationalistische Rhetorik, die große Sorge bei den Nachbarländern (Griechenland und Mazedonien) auslöste. Der griechische Außenminister Avramopoulos und der mazedonische Staatspräsident Ivanov haben ihren Besuch in Albanien im Rahmen des 100-jährigen Jubiläums der Unabhängigkeit abgesagt.

Eine sehr relevante Frage war auch der EU-Fortschrittsbericht zum EU-Kandidatenstatus. Albanien hat die Chance wieder verpasst. In der politischen Sphäre konzentrierte sich die Debatte hauptsächlich auf die drei von der Opposition nicht abgestimmten Gesetze als eine Vorbedingung für die Verleihung des Kandidatenstatus.

Ein breites Echo fand auch die Ernennung des neuen Generalstaatsanwalts und das Ende der Amtszeit seiner Vorgängerin, Ina Rama.

In manchen Städten fanden wegen Stromausfällen Proteste der Bürger gegen das tschechische Stromversorgungsunternehmen CEZ statt.

100. Jahrestag der Unabhängigkeit Albaniens und wachsende nationalistic Töne

Die Feierlichkeiten im Rahmen des 100. Jahrestages der Unabhängigkeit Albaniens vom Osmanischen Reich, die von großem Enthusiasmus gekennzeichnet waren, brachten eine Erweiterung des patriotischen Vokabulars mit sich, das hart an der Grenze eines ungesunden Nationalismus lag. Alle Albaner, die in Albanien oder im Ausland leben, haben zusammen gefeiert. Es gibt schon viele Gemeinsamkeiten zwischen den Albanern in Albanien und ausserhalb Albaniens, aber man muss zugeben, dass immer noch manche Unterschiede sichtbar sind. Ihre gemeinsame Sprache und das von allen bekannte Vokabular war daher in diesem 100-jährigen Jubiläum der Unabhängigkeit der Patriotismus. Das Patriotismus-Rennen wurde gestartet und viele linke und rechte Politiker haben mitgemacht und wollten natürlich gewinnen. Aus diesem Rennen kam aber der Premierminister Sali Berisha als Sieger hervor. Nachdem er bei seiner Rede in Vlora von einem Albanien “von Preveza (Griechenland) bis Presevo (Serbien)” sprach, wurde er zum König des Patriotismus gekürt. Obwohl der Feiertag der Unabhängigkeit Albaniens schon lange vorbei ist, behalten die Albaner den nationalistischen Diskurs, der anscheinend bei dem Wahlkampf der Parteien für die Parlamentswahlen im Juni 2013 an Relevanz gewinnen wird, immer noch in Erinnerung.

Diese harte Aussage von Berisha löste bei den Nachbarländern Ängste und Sorgen über ein Großalbanien aus. Der mazedonische Staatspräsident Ivanov sagte seinen Albanien-Besuch ab und wies auf den Zwischenfall während des Besuchs des mazedonischen Premierministers, Nikola Gruevski, vor einigen Tagen in Tirana hin. Sein Auto wurde von Aktivisten der Zivil-Partei mit Eiern beworfen und mazedonische Flaggen wurden verbrannt.

Der griechische Premierminister Dimitris Avramopoulos hat ebenso ein paar Stunden vor seinem Flug seinen Besuch abgesagt. Er äußerte die Sorge Athens um die wachsenden nationalistic Töne in der Regierung. Es gab auch eine Debatte aus der Ferne zwischen ihm und dem albanischen Außenminister Panariti, der die Äußerungen von Berisha mit der Erklärung zu rechtfertigen versuchte, dass diese im Rahmen der Feierlichkeiten des 100. Jahrestages der Unabhängigkeit gemacht wurden und dass Albanien keine territorialen Ansprüche erheben wollte.

Die Camen-Resolution und das Referendum über die Vereinigung von Albanien mit dem Kosovo

Die nationalistic Töne in der Ansprache von Berisha auf der Feier anlässlich des 100. Jahrestages der Unabhängigkeit Albaniens lösten eine Kettenreaktion aus. Das Statement kam nicht von irgendeinem Politiker, der eine nationalistic Propaganda macht, um dadurch mehr Stimmen erhalten zu können, sondern von der Spitze der Exekutive. Diese nationalistic Rhetorik bereitete den Nachbarländern große Sorgen. Es gab auch Reaktionen darauf. Sie sorgte aber auch für die Verschärfung von nationalistic Tönen von anderen politischen Akteuren. Politiker der linken oder rechten, großen oder kleinen Parteien, die bisher eine ausgewogene Politik betrieben haben und Abstand von

nationalistischen Bewegungen auf dem Balkan genommen haben, verkleideten sich plötzlich als Patrioten und trugen keinen „europäischen Anzug“ mehr.

Die Parteien, die die meisten Einbußen durch den überraschenden patriotischen Auftritt des Premierministers hinnehmen mußten, waren die Rot-Schwarze-Allianz und die Partei für Gerechtigkeit, Integration und Vereinigung, PDIU. Beide o.g. politischen Kräfte, die die nationalistische Fahne zu ihrer Domäne gemacht hatten, haben sich bei der Entfaltung dieses neuen Profils von Berisha selbstverständlich unwohl und abgewertet gefühlt. Gerade vor dem in wenigen Monaten stattfindenden Wahlkampf scheinen die Gründe, warum sich diese Parteien um die Unterstützung der Wähler zu bewerben haben, etwas verblasst zu sein. Die Rot-Schwarze-Allianz ist ursprünglich mit einem nationalistisch geprägten Profil aufgetreten und hat unterschiedliche Fragen, wie z.B. die Volkszählung, die Grabstätte der griechischen Soldaten, das Moratorium über die Seegrenze zu Griechenland usw. zu ihrem Thema gemacht, indem sie diese auch in den Medien sehr gut vertreten hat. Sie hatte große Hoffnungen, gegenüber einer alten und atrophierten politischen Klasse, bei den Wahlen 2013 im Namen der rot-schwarzen Nationalfahne genügend Stimmen bekommen zu können und somit zu einem mächtigen Faktor in der albanischen politischen Szene zu werden. Die PDIU, deren Wählerschaft vorwiegend die Çam-Community ist und als zentrales Thema die noch ungelösten Eigentumsprobleme dieses Bevölkerungsteils mit dem griechischen Staat vertritt, fühlt sich ebenfalls nicht sehr wohl dabei, wenn eine größere und einflussreichere politische Partei, nämlich die demokratische Partei, sich diese Angelegenheit zu eigen macht. Unter diesen Umständen sahen sich die Rot-Schwarze-Allianz und die PDIU gezwungen, einen weiteren Schritt zu machen, was in der albanischen Politik für Unbehagen sorgte, über die Art und Weise wie mit diesen Initiativen weiterhin umgegangen wird. Die Rede ist von der Çameria-Resolution, die demnächst im albanischen Parlament diskutiert und abgestimmt wird, und zu einem etwas früheren Zeitpunkt, auch die Idee der Rot-Schwarzen-Allianz, ein Referendum über eine eventuelle Vereinigung Albanien zu einem einzigen Staat mit Kosovo durchzuführen.

Die Frage, die sich mit den zur Zustimmung vorgelegten Anfragen – sei es die Çameria-Resolution, sei es das Referendum zur Vereinigung Kosovo-Albanien - stellt, ist, ob Albanien es sich überhaupt leisten kann, den Weg des Nationalismus entschlossen zu gehen. Dadurch, dass man sich nur auf den Raum des albanischen Staates fokussiert, ohne den albanischen politischen Faktor in Kosovo und Mazedonien zu berücksichtigen, scheint dieser Versuch vorerst ein Ding der Unmöglichkeit. Die Gründe, die zu dieser Feststellung führen, sind mehrere: von der unsicheren wirtschaftlichen Situation im Lande, die als ein Katalysator hätte agieren können, bis zu den Verwicklungen, die diese Initiative in der Region und darüber hinaus verursachen könnte. Der wichtigste Indikator dazu ist die Tatsache, dass nach jedem Statement mit nationalistisch provokatorischen Nuancen, die albanischen Politiker erstmal abwarten und auf die Reaktion der ausländischen Botschafter bzw. der diplomatischen Kreise aus der EU und den USA warten. Gerade die Tatsache, dass Brüssel und die USA sich besorgt darüber geäußert haben, dass der nationalistische Diskurs in Albanien zunimmt und in

besonderen Fällen auch gegen die Rot-Schwarze-Allianz Position bezogen haben, beweist, dass die internationalen Freunde diesen Weg nicht gutheißen. Dies hat eine ganz deutliche Wirkung gezeigt, denn mehrere Politiker haben eine Stellungnahme umgangen, wenn es um solche Themen ging.

Albanien hat den EU-Kandidatenstatus nicht erhalten; wieder eine verpasste Chance

Nach der konsensuellen Verabschiedung einiger Gesetze im September, die zu den Empfehlungen der EU-Kommission gehörten, weigerte sich die Opposition über die noch drei übrig gebliebenen Gesetze, die eine qualifizierte Mehrheit der Stimmen erfordern, abzustimmen. Als Vorbedingung dafür stellten die Sozialisten die Durchbrechung des Teufelkreises im Bezirksrat von Fieri. Das Problem dort gibt es seit September 2011. Damals fanden zwei konstituierende Sitzungen statt und von den beiden größten Parteien wurde jeweils ein Vorsitzender gewählt. Die Opposition wirft der Regierung vor, sie habe das Mandat des Bezirksratsvorsitzenden „geklaut“. Diese von der Sozialistischen Partei (SP) gestellte Bedingung wirkte nicht glaubwürdig und wurde von Diplomaten, Akteuren der internationalen Gemeinschaft und von Vertretern der Zivilgesellschaft kritisiert. Brüssel hat die albanischen Politiker darauf hingewiesen, dass, wenn man über diese drei Gesetze nicht abstimmen würde, Albanien die Chance auf den EU-Kandidatenstatus verloren hätte. Obwohl die niederländische Regierung sich zur Umsetzung von Reformen und Gesetzen pessimistisch äußerte und damit andeutete, dass Albanien den EU-Kandidatenstatus nicht erhalten werde, ließ Brüssel trotzdem die Tür offen. Das änderte aber nicht die Stellungnahme von Oppositionschef Edi Rama und der SP. Am 13. Dezember konnte Albanien wieder kein OK bekommen. Der Premierminister und die Regierungspartei warfen der SP antinationales Verhalten vor. Den DP-Vertretern zufolge wolle die SP die Integration Albaniens in die EU verhindern. Diesen Vorwurf wird die regierende Demokratische Partei (DP) sicherlich auch bei den Parlamentswahlen erheben, was SP viele Stimmen kosten würde.

Bestimmung des Wahltages für die Parlamentswahlen vom 23. Juni 2013 und die politische Situation

Nach dem Erlass vom 23. Juni 2013 als Wahltag für die Parlamentswahlen durch Staatspräsident Nishani, liegt momentan der Fokus auf dem Wahlkampf, die Koalitionsoptionen und die Siegchancen der jeweiligen Parteien. Premierminister Berisha erklärt, dass die PD die dritte Amtszeit in Folge gewinnen werde, was eine Neuheit in der albanischen Politik wäre, da dies vor ihnen noch keine andere Partei geschafft hat. Dennoch wird dies stark von den Wahlbündnissen vor den Wahlen abhängen. Offenbar wird die Sozialistische Bewegung für Integration (LSI) – derzeit Teil der Regierung – zu einem relevanten Faktor für den angestrebten Wahlsieg werden, zumal die oppositionellen Sozialisten sich momentan apathisch und ideenlos zeigen.

Die Tatsache, dass die Regierung ihre Zeit bereits überdauert hat, geben zwar öffentlich selbst einige demokratische Abgeordnete zu, aber dies scheint trotzdem für eine politische Rotation nicht zu genügen. Die DP mag sich während der Regierungszeit abgenutzt haben, wie damals die Sozialisten nach zwei Regierungsmandaten, aber erstaunlicherweise erscheint die SP genauso als Oppositionspartei verbraucht zu sein. Das beste Beispiel dafür war das zurückliegende Jahr 2012.

Neben ihrem täglichen parlamentarischen Kampf, den die SP im Lauf des Jahres mit Desinteresse führte, verpasste sie zusätzlich noch drei große Chancen, die sie hätte verwenden können um ihr Image als eine Kraft, die den Sieg bei den Wahlen suchte, zu verbessern. Es gab drei politische Kämpfe, die die Regierungsmehrheit ohne Gegenwehr und Einwände gewonnen hat: der Kampf um den neuen Staatspräsidenten, der um den neuen Leiter des Nachrichtendienstes (SHISH) und schließlich um den des neuen Generalstaatsanwalts.

Indem die Opposition keine eigenen Kandidaten für das Präsidentenamt aufstellte und zugleich die Selbstkandidatur von Fatos Nano nicht unterstützte, nahm sie lediglich sich selbst aus dem Spiel. Ihr blieb nichts anderes übrig, als nur von außerhalb des Parlaments zuzusehen, wie die Anhörungen zur Auswahl der Kandidaten verliefen und wie die Stimmen der Abgeordneten je nach Interessenlage die Mehrheit wechselten.

Die Amtsenthebung und Ersetzung des Leiters des Nachrichtendienstes (SHISH) im August erlebte die Opposition im Urlaub, was offenbar kein ausreichendes Motiv darstellte, um den Urlaub abubrechen und die Sache in einen politischen Kampf zu verwandeln. Das gleiche Szenario lief auch bei der Ersetzung des Generalstaatsanwalts ab. Aufgrund einer bereits seit Monaten angekündigten Krise wegen Aussagen einiger Vertreter der Regierungsmehrheit bezüglich des Mandats des Generalstaatsanwalts, erwartete man eigentlich einen unvermeidbaren politischen Kampf zwischen der Opposition und der Regierungsmehrheit. Die Prognosen waren wider Erwarten falsch. Die Sozialisten brachten einfach nur ihre Haltung zum Ausdruck, wonach für sie das Mandat des Generalstaatsanwalts nicht im November endete und überließen somit diese Angelegenheit der regierenden Mehrheit.

Es scheint, dass die Sozialisten ihre Hoffnungen auf einen Wahlsieg lediglich auf die mögliche Aufstellung Ilir Metas (LSI) in ihrem Lager gelegt haben. In diesem Zustand der Erwartung rufen die SP-Führer die LSI dazu auf, die Regierungskoalition zu verlassen, was diese zum Scheitern bringen und den Weg für eine Übergangsregierung bis zu den Wahlen im Juni ebnen würde. Die Entfernung Berishas als Premierminister und den Einsatz einer Übergangsregierung, welche Berishas Einflussnahme gegenüber den Institutionen vor den Wahlen senken würde, scheint die einzige Hoffnung der Opposition auf einen Sieg der Parlamentswahlen im nächsten Jahr zu sein. Aber trotz einiger Kritik an der DP in einigen Fällen hat die LSI erklärt, welche mit drei Ministern im

Regierungskabinetten vertreten ist, dass sie sich an die Koalitionsvereinbarung bis zum Ende der Regierungsamtszeit halten werde.

Blockade der Arbeit der Zentralen Wahlkommission (KQZ)

Das Wahlreformgesetz konnte im Juli mit dem Konsens der beiden großen politischen Kräfte im Parlament, PD und PS verabschiedet werden. Das Gesetz basiert auf dem gleichen System der Wahlen 2009, aber verpflichtet sich, die in den vorangegangenen Wahlen festgestellten Mängel auf der Grundlage des OSZE / ODIHR-Berichts zu lösen und ein neues Regime der Befugnisse und Pflichten der Zentralen Wahlkommission (KQZ) einzuführen. Im Oktober wurden im Parlament die neuen Mitglieder der KQZ ausgewählt. Anschließend begann unverzüglich die Arbeit an der Bestimmung der Mandate anhand der Wahlkreise unter Berücksichtigung demographischer Bewegungen innerhalb des Landes. So wurde beschlossen, dass Tirana und Durres ein zusätzliches Mandat erhalten, während den Wahlkreisen Fier und Berat (bekannt als Bastionen der Linken) Mandate abgezogen werden. Diese Situation führte zu Verwirrungen innerhalb der KQZ, wie auch in der Politik. Die Sozialisten beschuldigten die Regierung, fiktive Personen einigen Gemeinden des Kreises Kukës (bekannt als Bastion der Rechten), im Norden des Landes hinzugefügt zu haben, um ein Mandat nicht diesem Wahlkreis sondern Berat abzuziehen. Bezüglich dieser Frage wurde der Innenminister zur Anhörung ins Parlament gerufen und die Opposition forderte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in dieser Angelegenheit. Ihr Antrag hierzu wurde abgelehnt. Dies hat zu einer Einstellung der Arbeit der KQZ geführt, die voraussichtlich über die Modalitäten in den Parlamentswahlen, die anzuwendende Technologie etc. entscheiden soll.

Die Wahl des neuen Generalstaatsanwalts

Die angespannten Beziehungen zwischen dem Premierminister Berisha und Ina Rama sorgten für ein frühzeitiges Ende ihrer Amtszeit als Generalstaatsanwältin. Der Premierminister Berisha hatte Frau Rama, dem Chef des Geheimdiensts, Bahri Shaqiri, und dem ehemaligen Staatspräsidenten Bamir Topi Putschversuch am 21. Januar 2011 vorgeworfen. Auf die Erklärung des Justizministers, Eduart Halimi, dass die Amtszeit der Generalstaatsanwältin im November endet, reagierten viele Verfassungsrechtler und auch der OSZE-Botschafter in Tirana, Herr Eugen Wolfarth. Ihnen zufolge ist das Mandat von Ina Rama erst im Mai 2013 zu Ende. Der neue Präsident, Bujar Nishani, setzte sich kurz nach seiner Amtseinführung dafür ein, das Problem zu lösen und hat eine eigene Entscheidung getroffen, ohne den Fall vor das Verfassungsgericht zu bringen. Er war der festen Überzeugung, dass die Amtszeit von Ina Rama am 22. November zu Ende sein sollte. Dagegen wurden keine großen Einwände von den Sozialisten erhoben. Die haben nur ihre Stellungnahme öffentlich bekanntgegeben und zwar, dass eine frühzeitige Ernennung eines neuen Generalstaatsanwalts vor dem Monat Mai 2013 verfassungswidrig wäre. Der Präsident Nishani lud die Fraktionsleiter der Parlamentsparteien zu Konsultationen über die Kandidaten für den Posten des Generalstaatsanwalts ein. Nach den Konsultationen mit den Parteien der Regierungskoalition beschloss der

Präsident, Herrn Adriatik Llalla zum Leiter der Generalstaatsanwaltschaft zu ernennen. Adriatik Llalla bekleidete früher das Amt des Leiters des hohen Inspektion für Vermögensüberprüfung und -erklärung. Die Ernennung des neuen Generalstaatsanwalts wurde am 11. Dezember von Präsident Bujar Nishani unterzeichnet. Herr Llalla erklärte bei seiner Amtseinführung, dass seine Priorität der Kampf gegen Korruption auch in den Reihen der Justiz sei und dass er sich von den politischen Interventionen nicht beeinflussen ließe.

Proteste gegen CEZ

Der tschechische Energiekonzern CEZ, der vor vier Jahren offiziell die Kontrolle über 76% an dem albanischen Stromverteilerunternehmen OSSH übernommen hat, hat seine Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die staatlichen Wasserversorgungsunternehmen ihre Stromrechnungen nicht bezahlt hatten. CEZ hat sich darüber beschwert, dass die staatlichen Strukturen dieses Unternehmen bei der Erhebung von Stromgebühren von den verschuldeten Bürgern in verschiedenen Gebieten nicht unterstützt hätten und beschuldigte die Regulierungsbehörde, sie hätte gegen CEZ ungerechte Geldstrafen verhängt. Auf dieser Grundlage hat CEZ als Strafmaßnahme gegen die staatlichen Wasserversorgungsunternehmen die Stromversorgung gesperrt. Das sorgte für Bürgerproteste. Manche Demonstranten haben sogar die Netzstationen gestürmt. Die Polizei verhaftete einige CEZ-Mitarbeiter, die die Anordnung zur Unterbrechung der Stromversorgung befolgt haben. Regierungsleute warfen CEZ vor, das Unternehmen versuche bei der besorgten Bevölkerung Wut und Ärger auszulösen. Ihnen zufolge schuldete CEZ der staatlichen Energieregulierungsbehörde auch viel Geld, was diese Behörde dazu zwingt, CEZ die Lizenz zu entziehen.

Nach dieser Auseinandersetzung mit der Regierung hat CEZ extreme kollektive Strafmaßnahmen getroffen und hat die Stromversorgung für mehrere Zonen gesperrt, wo es auch Bürger gibt, die die Stromrechnungen regelmäßig bezahlen. Diese Situation sorgte für Unruhen und Proteste in mehreren Städten und Kommunen. Laut CEZ seien die informellen Gebiete wirklich problematisch, was die Strombezahlung angeht. Das Stadtgericht in Tirana hat die Bank angewiesen, das Konto von CEZ zu sperren und das aufgrund einer Klage, die ein rumänisches Unternehmen gegen CEZ erhoben hatte. Diese rumänische Firma behauptet, CEZ habe ihre finanziellen Verpflichtungen nicht beglichen.

Nertila Mosko

Die Autorin ist Leiterin der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Tirana, Albanien

IMPRESSUM

Erstellt: 10.01.2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de | www.hss.de